Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.05 Mark, vierteljährlich 4.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungeingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. d. 7gespalt. 33mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abholestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 32.

Nr. 536. Halle, Donnerstag, den 14. November. 1918.

Wilsons Versprechen an Ebert.

Auch England will uns mit Lebensmitteln helfen. — Die Organisationsarbeit im ganzen Reiche.

Wilson für eine gerechte Lebensmittelverteilung.

Eine beruhigende Antwort Wilsons an das deutsche Volk.

WTB. Washington, 13. Nov. Auf den Appell des Reichskanzlers Ebert schickte Wilson eine beruhigende Antwort an das deutsche Volk. Er verspricht, mit Lebensmittellieferungen zu helfen, um den Notstand zu mildern. Gleichzeitig verlangt er aber die Zusicherung, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrechterhalten und eine gerechte Lebensmittelverteilung gewährleistet werde.

Für die hungernden Nationen.

Englische Maßnahmen zu rascher Hilfe.

WTB. London, 13. Nov. (Reuter.) Unterhaus. Im Laufe der Debatte über die Kreditvorlage sagte der Lebensmittelkontrolleur Clines, der Krieg habe den Alliierten die Pflicht auferlegt, für die sofortigen Bedürfnisse des geschlagenen Feindes zu sorgen. Das Lebensmittelministerium sei darüber unterrichtet, was die hungernden Nationen brauchen, und es würden Maßregeln zu [illegible]

2000 deutsche Soldaten in Holland entwaffnet.

WTB. Amsterdam, 14. November. Ein hiesiges Blatt meldet, daß an der Maasbrücke bei Roosteren, Provinz Limburg, 2000 Mann deutscher Truppen ließen, die heute beim Ueberschreiten der niederländischen Grenze die Waffen niedergelegt haben.

Die deutschen Katholiken an den Papst

Köln, 14. Nov. (Privattelegramm.) Die „Kölner Volkszeitung" veröffentlicht einen Hilferuf der deutschen Katholiken an den Papst, worin es heißt: Das Kölner Komitee der katholischen Geistlichkeit im Rheinlande bittet im Namen aller deutschen Katholiken Eure Heiligkeit auf dringendste, zum Schutze des bedrängten deutschen Volkes, das von schweren Leiden und Hungersnot bedroht ist, Eure Stimme zu erheben. Einwirkungen stehen bevor, noch schlimmer als die der Kriegsjahre. Nach dem Wortlaute der grausamen Waffenstillstandsbedingungen können die Vielverbandsländer das deutsche Volk in das schlimmste Verderben treiben. Die verlangte Abgabe des für uns unentbehrlichen Eisenbahnmaterials legt den Verkehr nieder. Lebensmittel für die feindlichen Besatzungstruppen sind nicht aufzubringen. Inständig bitten wir darum Eure Heiligkeit, im Namen der Menschlichkeit und der Grundsätze der Religion und der Liebe bei den Verbündeten für das Recht zum Leben unseres Volkes einzutreten.

Der Protest Deutschlands.

Berlin, 13. Nov. Die deutschen Bevollmächtigten haben bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes nachfolgende Erklärung abgegeben:

Die deutsche Regierung wird selbstverständlich bestrebt sein, mit allen Kräften für die Durchführung der auferlegten Verpflichtungen Sorge zu tragen.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten erkennen an, daß in einigen Punkten auf ihre Anregung hin Entgegenkommen gezeigt worden ist (es folgt Bezugnahme auf einen am 9. und 10. November stattgehabten Austausch von Schriftstücken zwischen den deutschen Waffenstillstandsbevollmächtigten und Marschall Foch).

Sie dürfen aber keinen Zweifel darüber lassen, daß insbesondere die Kürze der Räumungsfristen sowie die Abgabe unentbehrlicher Transportmittel einen Zustand herbeizuführen drohen, der ohne Verschulden der deutschen Regierung und des deutschen Volkes die weitere Erfüllung der Bedingungen unmöglich machen kann.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten erachten es ferner für ihre Pflicht, unter Berufung auf ihre wiederholten mündlichen und schriftlichen Erklärungen noch einmal mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Durchführung dieses Abkommens das deutsche Volk in Anarchie und Hungersnot stürzen muß. Nach den Kundgebungen, die den Waffenstillstand eingeleitet haben, müssen Bedingungen erwartet werden, die bei voller militärischer Sicherung unserer Gegner die Qualen der am Kampfe Unbeteiligten, der Frauen und Kinder, beendet hätten.

Das deutsche Volk, das 50 Monate lang standgehalten hat gegen eine Welt von Feinden, wird ungeachtet jeder Gewalt seine Freiheit und Einheit wahren.

Ein Volk von 70 Millionen leidet, aber es stirbt nicht!

Erzberger. Graf Oberndorff. v. Winterfeldt. Bauselow.

Die Haltung der Fronttruppen.

r. Köln, 14. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Köln. Ztg." erhält von der Frontbuchung des Arbeiter- und Soldatenrats Koblenz aus dem Felde folgende telegraphische Mitteilung: Die loyale des Funkspruchs von Hindenburg zur Front gelandete Ueberführung des Arbeiter- und Soldatenrats Koblenz hat ihre Tätigkeit mit großem Erfolge aufgenommen. Die Haltung der Fronttruppen ist musterhaftig und der Abmarsch vollzieht sich planmäßig und in aller Ruhe. Besorgnisse sind unbegründet.

Räumungsarbeiten in Baden.

Karlsruhe, 14. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die vorläufige Regierung hat den Bezirksämtern folgenden Auftrag erteilt: Innerhalb dreier Tage müssen große Teile Badens, darunter wichtige Städte, militärisch geräumt werden. Außerdem werden alsbald die zurückflutenden Truppen in großen Mengen durch Baden ziehen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind daher sofort Volkswehren zu bilden. Die Bezirksämter werden angewiesen, diese Organisation in der [illegible] Weise in Gang zu setzen, daß die Arbeiterräte im Einvernehmen mit etwa vorhandenen Arbeiter- und Soldatenräten aufgestellt werden, welche mit den vorhandenen Grundstoffen und Sicherheitsorganen, Gendarmerie usw. geschlossene Wehrkörper bilden. In einzelnen Städten ist diese Volkswehr so stark zu bemessen, daß mit ihr eine große Truppe zum Angriff bereitsteht, die auch starken Banden, die sich bilden könnten, entgegenzutreten die Macht hat. Besonders starke Volkswehren sind an den Rheinbrückenköpfen aufzustellen, um ungeordnet zurückkommenden Soldaten die Waffen abzunehmen.

Auch Baden Republik?

Karlsruhe, 14. Novbr. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Badische Volksfreund" meldet, daß sich der Soldatenrat von Karlsruhe ebenso wie derjenige von Mannheim für die sofortige Errichtung der sozialen Republik Baden erklärt hat. Dagegen hat sich der Freiburger Soldatenrat in seiner gestrigen Sitzung gegen die demokratische Republik gewandt und gefordert, daß die Entscheidung, ob Baden Großherzogtum oder Republik wird, der Nationalversammlung überlassen werden muß.

Unruhen in Elsaß-Lothringen.

r. Köln, 14. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Köln. Ztg." meldet aus dem Haag: Das deutsche Oberkommando hat am Nachmittag des 13. November ein Funkentelegramm folgenden Inhalts an das feindliche Oberkommando gerichtet: Die französische Bevölkerung von Elsaß-Lothringen nimmt an gewissen Punkten eine feindselige Haltung gegenüber den deutschen Truppen ein. Um bedauernswerte Zusammenstöße zu vermeiden, ersuchen wir die französische Regierung, die Elsaß-Lothringer auf telegraphischem Wege zur Ruhe zu ermahnen.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 3.)

Für die Teilnahme an der deutschen Nationalversammlung in Betracht kommende Gebiete

Umtriebe gegen das Reich.

Die deutsch-österreichische Republik hat sich als Bestandteil der deutschen Republik erklärt; in der Tragik dieser Zeit das erste große freudige Ereignis! Der Wiederanschluß der Deutschen in Oesterreich an das Reich bedeutet wirtschaftlich ein Problem, politisch und moralisch einen ungeheuren Gewinn. An der Donau vertraut man auf die Einheit und das Zusammenhalten des Reiches; überall in Deutschland scheint man, auch bei und nach der Neuordnung der Dinge, entschlossen, an dieser Einheit festzuhalten.

In diesem Zusammenhange muß auf gewisse Vorgänge hingewiesen werden, die sich in den letzten Tagen und Wochen vor der Revolution abgespielt haben. Ein großes Züricher Blatt hatte in den ersten Tagen dieses Monats ein, wie es versicherte, aus einflußreichen katholischen Kreisen Deutschlands stammendes geheimes Rundschreiben veröffentlicht, das in die Strömungen und Bestrebungen, wenn nicht des deutschen Zentrums, so doch einzelner Zentrumskreise sensationelle Einblicke gewährte. Der Gedankengang war etwa der: Der Zusammenbruch der habsburgischen Monarchie und Dynastie, der größten katholischen Macht in Europa, bedeutet für den Katholizismus einen Verlust, der unter allen Umständen ersetzt werden muß. Die Hoffnung, den habsburgischen Thron mit Hilfe der Entente wieder aufrichten zu können, schien man in diesen Kreisen nicht mehr zu haben [illegible] aber doch nicht unerwähnt zu lassen, und so sah man [illegible] denn nach einem Ersatze um, den man, wie es in dem Rundschreiben hieß, auf zwei Wegen anstreben zu können meinte. Als der eine wurde vorgeschlagen die Loslösung der süddeutschen katholischen Bundesstaaten aus dem Reichsgefüge und Vereinigung mit den österreichischen Stammlanden, selbstverständlich unter habsburgischem Zepter, wodurch man eine neue katholische Großmacht von der Donau bis zur Eisch geschaffen hätte, gegenüber der das protestantische Norddeutschland kaum noch eine Rolle hätte spielen können, eine „Lösung", die zweifellos auch gewissen entente-imperialistischen Idealen entsprechen hätte. Der zweite, gefährliche Weg, den das geheime Dokument in Vorschlag brachte, war die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit dem Reiche, aber unter Ersetzung der Hohenzollern durch die Wittelsbacher! Ein verflucht gescheiter Gedanke, der den dynastischen Aspirationen gewisser hoher Kreise in München und zugleich dem politischen Ehrgeiz mancher anderer bayerischer Kreise entgegenkam, den katholischen Einfluß im Reiche natürlich erheblich gestärkt haben würde und zum mindesten mit der Zeit die ganze Berliner nicht nur durch die Kölner, sondern auch durch die Münchener Richtung hätte verdrängen können. In Wien, wo die Umwälzung vom ersten Tage an nur die Sozialdemokratie und die Deutsch-Sozialen am Ruder gerecht, die Christlich-Sozialen, also das österreichische Zentrum, aber ausgeschaltet hatte, wo ferner nicht nur die Hoftreise, sondern der ganze Bureaukratismus von 1866 noch immer nichts vergessen und nichts dazu gelernt haben und wo sich alle diese Kreise gern mit der Klerisei verbanden, arbeitete man in der Tat bereits deutlich in der Richtung jenes neuen politischen „Scheiterhaufen"-Dokuments. Und daß der Kardinal-Fürstbischof von Wien, Piffl, den neuen österreichischen Staat so geflissentlich von der Anschlußerklärung an Deutschland abzubauen versuchte, war sicher kein Zufall.

Ueber die künftige Staatsform Deutschlands und die innere Konstruktion des neuen Reiches wird und muß die Nationalversammlung entscheiden, deren Einberufung man nicht — nach russisch-bolschewistischem Muster — auf die lange Bank schieben sollte. Die Nationalversammlung, die in absehbarer Zeit an die Stelle der bloßen Arbeiter- und Soldatenregierung eine Regierung des gesamten Volkes, also auch der Bauern, der Handwerker, der Kaufleute und der geistigen Arbeiter, wird zu setzen haben. Vielleicht hat aber die Revolution schon heute ein Gutes dadurch geschaffen, daß sie (und alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Erhebung in München, die erste von allen, auch durch deutsch-nationale Ströme zum Ausschlag gekommen ist) den gefährlichen klerikalen Treibereien ein Ende gemacht hat, die sich gegen die Einheit und den Fortbestand des Reiches richteten. Vielleicht war es gut, daß die Regierung Erzbergers von so kurzer Dauer gewesen ist.

Die Ehrlichkeit gebietet, zuzugestehen, daß solche Betrachtungen sich auf Vermutungen aufbauen; Vermutungen freilich, die nach den Veröffentlichungen des Züricher Blattes naheliegen und nach allen Begleitumständen fast zur Gewißheit werden müssen. Wer sie ablehnt, sollte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181114023/fragment/page=0001

sich bemühen, den Gegenbeweis zu erbringen, wer sie teilt, in die Forderung mit einstimmen, daß aus den Akten, namentlich den Münchener und Wiener Akten, so schnell wie möglich geschichtliche Aufklärung geschaffen wird, insbesondere über die angeblichen geheimen Verhandlungen, die schon seit Wochen von den beiden Hauptstädten aus nach dem Auslande geführt worden sein sollen.

Die Deutsch-Böhmen werden ausgehungert

Wien, 13. Nov. (Meldung des Wiener Korrespondenz-Bureaus.) Die Blätter melden aus Prag: Der tschechische Nationalausschuß verfügte, daß alle Lebensmittelsendungen nach Deutsch-Böhmen, auch die Truppensendungen durch das tschechische Gebiet, beschlagnahmt werden.

Ungarische Einberufungen.

Wien, 14. November. (Privattelegramm.) Nachdem die Tschechen vier Jahrgänge einberufen haben, um deutschen Boden zu besetzen, ist jetzt Ungarn gezwungen, mit der sofortigen Einberufung der Jahrgänge 1896—1900. Die Südslawen treffen ähnliche Maßnahmen. Deutsch-Österreich hält sich bis jetzt zurück, aber es wird dem Hilferufe aus Deutsch-Böhmen sein taubes Ohr entgegensetzen können. Es trifft also das Wort von der Balkanisierung der Monarchie schon jetzt beinahe zu. Es bleibt nur der dringende Appell an Wilson übrig, an seinen Grundsatz von dem Selbstbestimmungsrechte der Völker zu erinnern und eroberungslustigen Staaten klarzumachen, daß ihre Forderungen auf die allgemeine Friedenskonferenz gehören, wo durch Gewalt geschaffene Grundlagen nicht gebilligt werden können.

Mackensen an den ungarischen Nationalrat.

WTB. Budapest, 13. November. Generalfeldmarschall v. Mackensen richtete an den ungarischen Nationalrat ein Telegramm, in dem er mitteilt, daß er das Hauptquartier nach Hermannstadt verlegt habe und um Zustimmung und Unterstützung des Nationalrats bitte, damit die ihm unterstellten Truppen möglichst rasch und auf eine Art, welche mit der militärischen Ehre der deutschen Armee vereinbar wäre, nach Deutschland zurückgeführt werden können.

Ein A.- und S.-Rat des Großen Hauptquartiers.

Paderborn, 13. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat folgenden Funkspruch erhalten und weitergegeben:

An alle Kameraden, Soldatenräte des Heeres und der Heimat! Wir Kameraden des Großen Hauptquartiers teilen Euch mit, daß hier ein Soldatenrat zusammengetreten ist. Die Oberste Heeresleitung hat den Soldatenrat anerkannt und gibt ihm Gelegenheit, in engster Fühlung mit ihr die nötigen wichtigen Arbeiten zu erledigen. Wir entbieten allen Soldatenräten des Reiches und des Heeres unsere Grüße und rechnen auf erfolgreiche Fortsetzung unserer Bestrebungen.

Der Soldatenrat des Großen Hauptquartiers.

Ein erfundener Geheimvertrag.

Berlin, 13. Nov. Die „Deutsche Allgem. Ztg." schreibt: Mehrere Zeitungen bringen den Text eines angeblichen Memorandums, das ein japanischer Gesandter namens Oda in Berlin übergeben haben soll, und den Text eines angeblich im Entwurfe bereits festgestellten Geheimvertrags zwischen Deutschland und Japan. Wir sind von der zuständigen Stelle zu der Erklärung ermächtigt, daß die ganze Nachricht von Anfang bis zu Ende glatt erfunden ist.

Die Internierung des Kronprinzen.

Haag, 14. Novbr. (Privattelegramm.) Der ehemalige deutsche Kronprinz wurde mit seiner militärischen Begleitung nach Swalmen gebracht, wo er auf dem Schlosse des Grafen Metternich interniert wird. Graf Metternich, der dem aus Hessen stammenden Geschlechte angehört, ist 1883 in Holland naturalisiert worden.

Ein demokratischer Volksrat in Reutlingen.

Stuttgart, 14. Nov. (Privattelegramm.) Der seitherige Kriegsminister Generaloberst v. Marchtaler hat gleichzeitig mit den übrigen Mitgliedern des Ministeriums sein Rücktrittsgesuch eingereicht, das nunmehr genehmigt worden ist. In Reutlingen hat der Arbeiter- und Soldatenrat einen demokratischen Volksrat gebildet und strikte politische Neutralität erklärt.

Vorläufig keine rote Garde.

Berlin, 13. Nov. Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates hat beschlossen, die Bildung einer roten Garde vorläufig einzustellen, da die Truppen sich bereit erklärt haben, jederzeit zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften und zur Befestigung der sozialistischen Republik ihr Leben einzusetzen.

Berlin, 13. Nov. In der vom Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates einberufenen Soldatenversammlung erklärte der Matrose Strodel, daß die Marine sich entschieden für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einsetzt. Es müsse vor allen Dingen jeder Terror unterdrückt werden. v. Beerfelde habe die Revolution in das Fahrwasser der radikalen Richtung leiten wollen und sei deshalb von seinem Posten enthoben worden.

Die Spartakusgruppe selbständige Partei

Berlin, 13. Nov. Die Spartakusgruppe, die bisher der unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehört, beabsichtigt sich in einer öffentlichen Versammlung, die am Donnerstag, den 14. d. M. in den Sophiensälen in Berlin stattfindet, als selbständige politische Partei zu konstituieren. Vermutlich werden als Redner Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auftreten.

Standrechtlich erschossen.

20 Angehörige von Räubern erschossen.

WTB. Hannover, 14. Novbr. Standrechtlich erschossen wurden in Bremen 20 Angehörige der sogenannten fliegenden Division Bremen, die an zahlreichen hiesigen Räubereien beteiligt waren. Sie hatten sich gestern morgen des Bahnhofes Hannover bemächtigt, von wo aus sie ein heftiges Gewehr- und Maschinengewehrfeuer auf die Umgebung eröffneten und den Zugverkehr auf mehrere Stunden gänzlich verhinderten. Eine weitere Anzahl wurde hier festgenommen und sieht nach Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrats ihrer standrechtlichen Verurteilung entgegen.

Veränderungen in der Regierung.

WTB. Berlin, 14. Novbr. Entgegen einer gestern gebrachten Meldung teilt das „L. T." heute mit, daß der bisherige Unterstaatssekretär Schiffer Staatssekretär im Reichsschatzamte wird. Der unabhängige Sozialdemokrat Eduard Bernstein tritt in das Reichsschatzamt ein. Das Reichsjustizamt wird Herr v. Krause weiter leiten.

Die Aktion des Hansabundes.

WTB. Berlin, 14. November. Unter Vorsitz des Dr. Riesser hat sich ein vorbereitender Ausschuß zur Gründung von Bürgerräten gebildet und eine Entschließung gefaßt, worin er die Absicht kundgibt, die volle Gleichberechtigung des Bürgertums zu wahren und die Bestrebungen der Reichsleitung zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung sowie des Wirtschaftslebens zu unterstützen, und die schleunige Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung verlangt.

Zukunftsaufgaben des Roten Kreuzes.

Washington, 12. Nov. (Reuter.) Staatssekretär Baker erließ einen Aufruf, in dem er sagt, daß die Aufgaben des Roten Kreuzes mit Friedensschluß nicht beendet seien. Bei Einstellung der Feindseligkeiten werde sich ein Bild des Elends enthüllen, wie es die Welt nie zuvor gesehen habe, besonders in den Ländern, die sich nicht aus eigener Kraft helfen könnten. Das amerikanische Volk erwarte, daß das Rote Kreuz als sein Beauftragter handeln und die Niedergebrochenen körperlich und geistig wieder aufrichten werde.

Das Bürgertum

will nicht tatenlos beiseite stehen, wenn über das Schicksal des ganzen deutschen Volkes entschieden wird. Es will nicht, daß ein Teil der Bevölkerung wie früher nur Objekt der gesetzgeberischen Arbeit einer einzelnen Bevölkerungsschicht ist.

Mitraten und mitarbeiten ist das Streben aller! Erfolgversprechende Arbeit ist nur durch eine starke politische Partei möglich.

Heute gilt es, mit allen Kräften die **Fortschrittliche Volkspartei**, die für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger eintritt, zu unterstützen und für sie zu werben.

Darum tretet, deutsche Männer und Frauen, recht zahlreich unserer Organisation bei, um sie zu stärken für die Wahlen zur Nationalversammlung und für den weiteren Kampf um Deutschlands Zukunft.

Parteisekretär Bohlmann, Halle, Bernhardstr. 27, nimmt Anmeldungen entgegen. Auch in der Geschäftsstelle der „Saale-Zeitung", Gr. Ulrichstraße, werden Anmeldungen entgegengenommen.

Die Fortschrittliche Volkspartei.

*

Bitte ausschneiden und einsenden.

Der Unterzeichnete meldet sich hierdurch als Mitglied des

Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei

für Halle und den Saalkreis

mit einem Jahresbeitrage von ..... **Mark** an.

Name: .....

Stand: .....

Wohnung: .....

Die Aufnahme des Waffenstillstandes in Lüttich.

Telegramm unseres Kriegsberichterstatters.
(Unberechtigter Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.)

Lüttich, 12. November.

Als heute vormittag der Abschluß des Waffenstillstandes bekannt wurde, erschienen an den meisten belgischen Häusern Fahnen, die sich rasch vermehrten, auch auf den Kirchtürmen und an den im Besitz belgischer Behörden verbliebenen öffentlichen Gebäuden wurde die schwarz-gelb-rote belgische Trikolore gehißt, während man an keinem deutschen Verwaltungsgebäude mehr eine deutsche Fahne sieht. Bis Mittag gab es kaum ein Haus und Schaufenster mehr, welches nicht mit Fahnen und Wappen verziert war. Man bemerkt außer den belgischen Farben namentlich die französischen und amerikanischen, aber auch englische, italienische, japanische, und selbst der kleinen Raubstaaten ist vergessen, die unter dem Vorwande, uns den Krieg zu erklären, unsere Schiffe und Handelshäuser gestohlen haben. Als in den Nachmittagsstunden durch die einheimische Presse der Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen bekannt wurde, steigerte sich der Jubel auf das Höchste. Eingelne Leute verlasen unter lärmenden Zurufen tausendköpfiger Menschenansammlungen die Waffenstillstandsbedingungen, den Wortlaut der Abdankung des Kaisers und die Nachrichten über die Revolution in Deutschland. Die Menge brüllte: „Deutschland ist vernichtet!" und brach in Händeklatschen und Pfeifen aus. Alle Einwohner bis zu den kleinsten Kindern und selbst die Pferdegespanne trugen Schleifen und Papierschnäpchen in den Farben der Alliierten. Halbwüchsige Burschen veranstalten unter Vorantragung großer Fahnen Umzüge durch die Hauptstraßen, die von Trommeln und Clairontönen begleitet werden. Doch kam es einstweilen nirgends zu ernsteren Ausschreitungen. Die deutschen Soldaten werden in Ruhe gelassen oder demonstrativ mitleidig behandelt. Nur ein paar Frauenzimmer, die sich mit Deutschen eingelassen haben sollen, wurden von der Menge gezaust und gepriegelt. Vielfach nimmt das Treiben auch karnevalistische und kindliche Formen an. So laufen Burschen mit Plakaten auf der Hinterseite herum, welche die Aufschrift tragen: „Nach Paris — oh!" Einzelne haben sich alte belgische und französische Uniformen angezogen. In den eleganteren Schaufenstern ist das Bild des Königspaares in großen Kupferkesseln ausgestellt, welche man bei der Metallbeschlagnahme hintergegen hat und nun höhnisch zum Vorschein bringt. Um solche Schaufenster sammelt sich die Menge und singt Spottlieder.

So tief bedrückend dieses ganze Schauspiel ist, man möchte manchem in der Heimat gönnen, daß er es miterleben müßte. Die deutschen Soldaten, die hier durchziehen, bewahren im allgemeinen die Haltung. Einige jüngere Soldaten hatten sich nicht geschämt, belgische und französische Fähnchen an die Mütze zu stecken, und behupteten, die belgischen und französischen Soldaten trügen jetzt deutsche Abzeichen zum Beweis der Völkerverbrüderung. Auf Zureden älterer Kameraden legten sie aber die unwürdige Maskerade ab. Die meisten von der Front kommenden Truppen empfinden die Vorgänge als erneuerten Schmach, und viele sagen, es sei Zeit, daß sie heimkämen, damit zu Hause Ordnung werde. Das sei jetzt die Hauptsache.

W. Scheuermann, Kriegsberichterstatter.

Amerikanische Lebensmittel für Europa!

Amsterdam, 13. Nov. Einem hiesigen Blatte zufolge melden die „Times" aus Washington: Die begeisterte Friedensstimmung in Amerika bedeute nicht, daß auch die Rücksichten im Exgreifen der Maßregeln nachlassen wird, die getroffen werden sollen, um Europa mit Lebensmitteln zu versorgen. Was der Präsident darüber im Kongreß sagte, wurde mit ebenso lautem Beifall begrüßt, wie das, was er früher durch Foch darüber mitteilen ließ. Die Presse äußerte sich günstig über den Auftrag, der dem Lebensmittelkontrolleur Hoover erteilt wurde. Man hat in Amerika das Gefühl, daß es die Pflicht des Landes, dessen Opfer im Kriege verhältnismäßig gering waren, ist, Europa mit Lebensmitteln und anderen notwendigen Artikeln zu helfen, und man stimmt allgemein mit der Ansicht des Präsidenten überein, daß die Lieferung von Lebensmitteln das beste Mittel zur Verhütung revolutionärer Entwicklungen ist.

Washington, 13. Nov. (Reuter.) Hoover ermahnt die Amerikaner zu weiterer Sparsamkeit im Verbrauch von Weizen und Fetten, um die Lebensmittelversorgung Europas zu erleichtern. Zu diesem Zwecke muß Nordamerika 20 Millionen Tonnen Lebensmittel gegen ein normales Quantum von sechs Millionen liefern. Hoover schildert die Hungersnot in einigen europäischen Ländern, deren Behebung auch die Kräfte Amerikas übersteige. Er erklärte, die Gruppe von Hazardspielern, die dies verschuldet habe, sei jetzt fatge gestürzt und lasse Millionen hilfloser Menschen in Anarchie und Hunger zurück.

Englisches Schlachtschiff gesunken.

WTB. London, 13. Nov. (Reuter.) Die Admiralität teilt mit, daß das britische Schlachtschiff „Audacious" nördlich der irischen Küste am 27. Oktober auf eine Mine gelaufen und gesunken ist.

Tote und Verwundete in Amsterdam.

WTB. Amsterdam, 14. November. Gestern abend wurden bei einer revolutionären Kundgebung drei Personen getötet und neun verwundet.

Provinzial-Nachrichten.

Wolfgang Heine Staatsminister in Anhalt.

@ Dessau, 14. Nov. Der neue Staatsrat umfaßt vier Sozialdemokraten, einen Nationalliberalen, einen Freisinniger und einen bürgerlichen Demokraten. Den Vorsitz wird Abg. Wolfgang Heine führen. Es gehören dem Staatsrat ferner an, Landtagsabg. Vogt (Soz.), Geschäftsführer Deist (Soz.), Redakteur Paulick (Soz.), Bankdirektor Luchs (natl.), Justizrat Dr. Cohn (Fortschr.), Bürgermeister Hasse (Demokrat).

* **Bochum**, 11. November. (Drei Opfer der Grippe.) Hart betroffen durch die Grippe ist die Familie des landwirtschaftlichen Arbeiters Karl Schulze hier. Nachdem erst vor kurzem der Haushaltungsvorstand selbst und sein Schwiegersohn, der Bahnarbeiter Otto Hübner, der verhängnisvollen Krankheit zum Opfer gefallen waren, birgt heute das Familienhaus die dritte Leiche; auch die junge Frau Hübner ist der Seuche erlegen.

? **Merseburg**, 13. Novbr. (Ernährungsfragen.) Dieser Tage war unter der Führung des Ersten Bürgermeisters Herzog eine Deputation beim Oberpräsidenten, um mit ihm wegen besserer Lebensmittelversorgung der Stadt Merseburg zu unterhandeln. Gewünscht wurde nur allein eine bessere Fett- und Nährmittelzuteilung und bezüglich der letzteren das Ausscheiden aus dem Kreise sowie die Gleichstellung mit der Stadt Halle. Die letzteren zwei Wünsche mußten abgelehnt werden; dagegen soll Merseburg möglichst in eine höhere Stufe eingereiht werden, wonach es mit Halle gleichgestellt sein würde. In der Fettversorgung ist die Stadt inzwischen selbständig geworden und steht sich so bedeutend besser. Der Oberpräsident teilte mit, daß in der Milchversorgung Merseburg und Nordhausen die bestgestellten Städte der Provinz seien.

Heistedt, 13. November. (Eine eigenartige Auffassung) vom Sinn der Revolution legten in der Umgegend ein Teil der Bevölkerung an den Tag. Wie von Seiten der sozialdemokratischen Parteileitung mitgeteilt wurde, sind vorgestern und gestern rund 1000 Ztr. Zuckerrüben von den Feldern des Rittergutes Walbeck gestohlen worden. Die Parteileitung bezeichnet diese und ähnliche Tatsachen als Schandtat, vor dem die Selbstdisziplin aller ihrer Anhänger die neue Regierung bewahren müsse.

Sondershausen, 13. Novbr. (Die seit Jahren schwebende Ackerfrage) kommt jetzt zu einem für unsere Stadt sehr günstigen Abschluß. Nach jahrelangen Verhandlungen sind etwa 200 Morgen Acker für unsere Bürger geschenkt. Ein Teil dieses Ackers soll verkauft und der Rest verpachtet werden.

◆ **Magdeburg**, 13. Nov. (Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten.) Mit dem hiesigen Ersten Staatsanwalt hat der Arbeiter- und Soldatenrat vereinbart, daß Freiheitsstrafen bis zu 6 Monaten einstweilen in der Regel nicht voll-